

Calmer Tagblatt

Nr. 283

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang.

Verzeichnngsmesse: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 28 Pf. —
Wochen 20 Pf. —. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 % —. Fernspr. 9.

Montag, den 4. Dezember 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trüherlohn 20 Pf. —. monatlich. Postbezug
preis 20 Pf. —. mit Briefgeld. —. Schlag der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der deutsche Reichszugler hat den Anlaß einer Beraufstellung der Berliner Presse wahrgenommen, um zu den politischen Tagesfragen Stellung zu nehmen. Zur inneren Lage erklärte er, daß die politischen Gegensätze so viel als möglich im nationalen Interesse zurückgestellt werden müßten. Ueber die Fragen der Außenpolitik äußerte er sich dahin, daß man versuchen werde, mit Frankreich ins Reine zu kommen, indem man die eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der Möglichkeit zu erfüllen trachte. Er wandte sich aber dann mit bemerkenswerter Festigkeit gegen die französischen Rheinlandpläne. Das Rheinland und das Saargebiet werde die deutsche Regierung niemals ausgeben.

Die bayrische Regierung hat eine amtliche Erklärung über die Vorgänge in Passau und Ingolstadt abgegeben. Ob die Forderungen der Entente angenommen oder teilweise abgelehnt werden, wird im Benehmen mit der Reichsregierung entschieden.

Die Reparationsfrage hat auch heute noch ebenso wenig Fortschritte gemacht wie die Konferenz in Lausanne. Die Vorverhandlungen über erstere Angelegenheit werden in den nächsten Tagen in London stattfinden, die Erklärungen des russischen Außenministers in Lausanne zeigen, daß die Bolschewisten die türkischen Ansprüche restlos unterstützen.

Der Reichskanzler zur Lage.

Das Reichskabinett im Verein der Berliner Presse.
Berlin, 3. Dez. Der Verein der Berliner Presse veranstaltete heute in den Räumen des Reichstags einen Empfang, zu dem außer dem Reichspräsidenten Ebert Reichskanzler Dr. Cuno und die meisten Mitglieder des Kabinetts, die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden, die Präsidenten der Parlamente und eine große Anzahl namhafter Parlamentarier und Mitglieder der Gesellschaft erschienen waren. Der Vorsitzende des Vereins, Chefredakteur Georg Bernhard, begrüßte zunächst den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die übrigen Gäste und führte in seiner Ansprache weiter aus, seine Anschauung aus ehrlicher, subjektiver Ueberzeugung, mit der ganzen Kraft seines Temperaments zu vertreten, sei nicht nur das Recht, sondern die politische Pflicht jedes einzelnen Journalisten. Auf der Erkenntnis dieser politischen Pflicht des Journalisten beruhe die Achtung, die jeder Kollege dem Kollegen im gegnerischen Lager entgegenbringe. Sie beruhe aber auch auf der Achtung, die jeder Journalist für sich selbst von den Regierung fordern, aus welchen Parteien die Regierung sich jeweils auch zusammensetzen möge. Die Meinung des Gegners müsse bekämpft, aber sie dürfe nicht gefälscht werden. Die Regierung sei im parlamentarischen Dingen nicht mehr Obrigkeit, sondern ein Teil des Volkes selbst, der von der parlamentarischen Mehrheit mit der Führung betraut und mit der Verantwortung belastet werde. Die Presse, die neben Regierung und Parlament ein selbständiger politischer Faktor in einem freien Volke sei, entnehme aus ihrer Mitverantwortung das Recht und die Pflicht, jede Regierung nach ihren besonderen Anschauungen zu bewerten. Aber dieses Gefühl der Mitverantwortung gebiete der Presse gleichzeitig, der Uebermittlung der Rundgebungen der regierenden Männer an das eigene Volk und an das Ausland zu dienen. Zum Schluß sprach Bernhard im Hinblick auf die politische Lage die Hoffnung aus, daß die Erkenntnis der Gemeinsamkeit des europäischen Schicksals, sowie das Begreifen immer mehr Raum gewinne, daß die Welt sich selbst helfe, wenn sie Deutschland helfe.

Die Richtlinien des neuen Kabinetts.

Berlin, 3. Dez. Nach der Rede des Chefredakteurs Georg Bernhard ergriff Reichskanzler Dr. Cuno das Wort und führte aus: Das festliche Beisammensein von Presse und Regierung im Hause des Parlaments führt die drei Faktoren vor Augen, die für die Zukunft Deutschlands bestimmend sein werden. Die Zusammenarbeit von Presse, Parlament und Regierung muß zusammenfinden zu dem einen Akkord, daß wir gemeinsam arbeiten und streben dem einen Ziel entgegen: dem Wohl und der Wiederaufrichtung des deutschen Volkes, dem dieses Haus gewidmet ist. Die Presse solle geben, sie solle der Regierung ein zuverlässiges und wahres Bild der Gedanken und Stimmungen

in dem Volk geben, das hinter ihr stehe, denn Parlament und Regierung könnten nur bestehen, wenn sie sich mit der großen Mehrheit des Volkes in Uebereinstimmung befänden. So werde die Presse beim wechselseitigen Geben und Nehmen zum eigentlichen Bindeglied zwischen Volk, Parlament und Regierung. Gewiß werde die Presse wie die Mitglieder dieses Hauses sich von Parteigegensätzen nicht freihalten können und dürfen, aber ihr Kampf solle nicht um des Kampfes willen, sondern um der Erreichung der gemeinsamen Ziele willen zum Besten unseres Landes und unseres Volkes geführt werden. Er begrüße es, daß ihm Gelegenheit gegeben werde, dem Zusammenwirken zwischen Presse und Regierung Ausdruck zu verleihen, indem er den Vorschlag habe, ein Wort über die Arbeiten der Regierung zu sagen. An den Richtlinien des neuen Kabinetts in der inneren und der äußeren Politik, die er vor genau neun Tagen von demselben Platz aus besprochen habe, habe sich nichts geändert. Er werde deshalb heute nur ganz allgemein sprechen. Er werde auch nicht sprechen als der Leiter des neuen Kabinetts, sondern er werde vielmehr von Person zu Person, von Mensch zu Mensch reden. Seit der Einführung der neuen Regierung sei die öffentliche Meinung daran gegangen, das Kabinett nach den verschiedensten Methoden der wissenschaftlichen Forschung zu lezieren. (Seiterkeit.) Man habe die Parteizugehörigkeit der einzelnen Mitglieder genau durchforscht. Man habe sich gefragt: Wie stehen alle diese Männer zum Parlament, wie stehen sie zur Weimarer Verfassung, wie stellt sich das neue Kabinett zu den großen Problemen, die uns nach innen und nach außen hin täglich mit großer Sorge erfüllen? Ja man hat sogar schon Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedern des neuen Kabinetts herausgefunden und sich über die Lebensdauer der neuen Regierung ernste Gedanken gemacht. Die Mitglieder des Kabinetts aber hätten sofort ihre sachliche Arbeit, entsprechend dem im Reichstag verkündeten Arbeitsplan, aufgenommen. Niemals sei im Kabinett von irgend jemand auch nur der leiseste Zweifel daran geäußert worden, daß dieses Kabinett auf dem Boden der Verfassung stehe, daß alle Mitglieder vereidigt seien. Und sie seien bereit, ihren Eid zu halten. Auch von Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts habe er bisher nichts erfahren. Die Beziehungen zu den Ländern seien sofort aufgenommen worden in der Ueberzeugung, daß nur eine von dem Vertrauen der Länder getragene Reichsregierung in der Lage sei, die Einheit nach innen und außen zur Geltung zu bringen, die wir vielleicht schon bald bitter nötig haben werden. Was die Sorge anbetreffe, wie lange diese Regierung wohl Regierung bleiben werde, so antworte er darauf: Solange wir von dem Vertrauen des Volkes und des Parlaments getragen sind, solange werden wir unsere Pflicht bis zum letzten Rest unserer Kraft tun, aber auch nicht länger. Damit komme er zu dem Punkt, der seines Erachtens von ausschlaggebender Bedeutung sei. Es fehle an Vertrauen, an Vertrauen zwischen den einzelnen Volksgenossen, zwischen den verschiedenen Klassen und Berufsständen. Es könne jedoch nur eine Arbeit, die von Volksschichten getragen werde, die sich der Not der arbeitenden Klasse ebensowenig verschließen wie der des Mittelstands oder des Unternehmertums, in der heutigen Zeit im Innern Früchte tragen. Dieses Vertrauen müsse aber auf eine feste Grundlage von Moral und Autorität gegründet sein. Die Umschichtung aller Volksteile und auch der vermögenden Klassen sei so gründlich, daß die Reichen sich zwar der Rechte, aber nicht der Pflichten des Reichthums bewußt seien. Spiel und Tanz spielten eine ausschlaggebende Rolle, während auf der anderen Seite viele Tausende von Volksgenossen in bitterer Not verarmten. Das sei nicht das richtige Vertrauen, die richtige Hilfsbereitschaft. Selbst wenn die Regierung mit freigebiger Hand gebe, so sei das nur ein Tropfen, der das Elend zu verhüten nicht imstande sei. Er appelliere daher an die private Hilfe des Einzelnen. Der deutsche Volkskörper sei krank und müsse pfleglich behandelt werden. Es könne nicht alles ungegaltet werden, sondern es müsse auf der Grundlage unserer Verfassung weitergebaut und verjüngt werden, den Volkskörper gesund zu machen. Das heiße, das Vertrauen im Innern müsse in die Welt hinausdringen und dort Vertrauen zu uns auslösen.

Auch der Welt fehle das Vertrauen und das sei der Grundstock allen Übels. Die Welt müsse wissen, daß wir, ein Volk in tiefer Not, ehrlich bestrebt seien, eine Lösung der außenpolitischen Fragen zu finden, eine Lösung, die uns Arbeit und Egidien unter Erfüllung der vereinbarten Verpflichtungen ermöglige. Solches Streben heiße das Vertrauen der Welt wieder herstellen. Das tue not, denn solange die Völker einander mit Mißtrauen gegenüberständen, könne keine geordnete Mitarbeit erfolgen. Man hat namentlich in französischen Kreisen gefunden, daß

meine Erklärungen zur Reparationsfrage enttäuschten und daß man den Willen vermisste, auch nur in dem Umfange zu leisten, in dem es damals abgegrenzt war. Das ist irrig. Der Grundsatz, daß wir nicht mehr als im Rahmen der Note vom 13. November leisten können, kann den Verständigen, der die deutsche Wirtschaft kennt, nicht enttäuschen. Eine andere, weitergehende Erklärung hätte nur einen Unverständigen, der die deutsche Wirtschaft nicht kennt, täuschen können. Habe niemals die völlige Vernichtung des Schuldners oder gar sein Selbstmord dem Gläubiger dazu verholfen, seine Forderungen erfüllt zu erhalten oder ist es nicht richtiger, daß die Beiden zusammentreten und mit offenen Karten miteinander verhandeln? Auch geschäftlich ist es jetzt notwendig, die Grenzen des Haushalts nicht zu überschreiten. Diese Wahrhaftigkeit, ohne die eine Lösung nicht gefunden werden kann, nehme ich für mich in Anspruch. Ich stehe seit längeren Jahren in der internationalen Arbeit und habe eine Reihe von Verträgen und Abmachungen abgeschlossen, die dem Geist und dem Worte nach gehalten worden sind. Allerdings, das Vertrauen von einem zum anderen wird nur geschaffen werden können, wenn man in offener Verhandlung von Mann zu Mann einander gegenübersteht. Ich werde, wie ich es mit meinen Geschäftsfreunden getan habe, auch zu politischen Vertragspartnern sprechen und mich in keiner Weise Frankreich gegenüber benehmen anders als einem anderen Partner der Welt gegenüber benehmen, denn wir müssen mit Frankreich in Ordnung kommen, wo immer die Möglichkeit von Verhandlungen geboten wird. Nur durch solche Verhandlungen können die Grenzen des Möglichen, innerhalb denen wir leisten können, abgesteckt werden, nicht durch Ultimaten und Einmarschdrohungen. Hinsichtlich der Lösung der Reparationsfrage werden die Mitglieder des neuen Kabinetts nicht die Hand in den Schoß legen und einfach warten, auch nicht auf das Mitleid anderer. Aber noch fehlt es am Glauben an die Aufrichtigkeit und die Ehrlichkeit unseres Wortes, die wir beanspruchen dürfen. Immer erneut erleben wir, daß der Friede, den das deutsche Volk sucht und dem es ehrlich dient, auf der anderen Seite noch nicht waltet. Die Verkennung der von uns abgegebenen Erklärungen, der Geist und der Wortlaut der neuesten Note über Passau und Ingolstadt und die zum Teil demontierten Ansichten und Stimmungen, die aus dem Streben im Elysée-Palast zu Paris herüberklingen, das alles klingt nicht danach, als ob überall wahrer Friede und förderndes Verständnis für eine Zusammenarbeit der Völker schon eingezogen wäre. (Sehr richtig!) Was der Note gegenüber zu sagen ist, das wird von der Regierung im Einvernehmen mit der bayrischen Regierung geprüft werden. Den Einmarschdrohungen aber, die im Rheinland beunruhigen, in einem Land, wo jeder Stein von deutschem Weien spricht, allen diesen Drohungen gegenüber wollen wir mit einem Wort nur erklären, daß das Rheinland fest zu Deutschland gehört und Deutschland fest zum Rheinland steht. (Stürmischer Beifall und Händelklatschen.) Wir können und werden es nicht zulassen, daß das Rheinland, die Rheinprovinz, die Pfalz, Rheinhessen und das Saargebiet, jemals preisgegeben, ihre Befreiung gefährdet werden. (Die Rede geht weiter.)

Die Frage der Güneforderungen der Entente.

München, 2. Dez. (Wolff.) Wie die Korrespondenz Hoffmann meldet, reist der bayrische Ministerpräsident Dr. v. Knilling nächsten Montag nach Berlin, wohin der Reichskanzler die Ministerpräsidenten der Länder für den 6. Dezember zu einer Aussprache eingeladen hat. Der Ministerpräsident wird am Dienstag die Angelegenheit der Güneforderungen der interalliierten militärischen Kontrollkommission mit den zuständigen Reichsstellen besprechen, nachdem er hier die notwendige Fühlung mit dem Landtag bereits genommen hat. Die Entscheidung der bayrischen Regierung wird sofort nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten getroffen und der Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

Berlin, 2. Dezbr. (Wolff.) Wegen des Zwischenfalls in Passau hatte General Nollet, wie den Blättern mitgeteilt wird, eine Entschuldigung durch den die Verantwortung tragenden Ortsbeamten in Passau, die Abberufung des Polizeichefs und die Abberufung des Bataillonskommandeurs gefordert. Die letzte Forderung ist bereits erfüllt, ein schriftliches Bedauern des Bürgermeisters genügt nicht in der Form und die Abberufung des Polizeichefs hat die bayrische Regierung abgelehnt. Den Vorfall in Ingolstadt hat Nollet bisher nur zur Sprache gebracht, Forderungen sind noch nicht gestellt. Die bayrische Regierung unterrichtet den Vorfall.

Eine amtliche Erklärung der bayerischen Regierung über die Vorgänge in Passau und Ingolstadt.

München, 2. Dezbr. Zu den Vorkommnissen in Passau und Ingolstadt wird amtlich gemeldet: Gelegentlich der Kontrolle der hiesigen verbandstaatlichen Disziplinarkommission wurden am 24. Oktober in Passau und am 22. November in Ingolstadt die Mitglieder dieser Kommission von Teilen der Bevölkerung schwer beleidigt und teilweise mit Steinen beworfen. Diese Vorkommnisse wurden von den zuständigen Staatsbehörden sogleich eingehend untersucht und dabei festgestellt, daß den Polizeibehörden keinerlei Schuld beigemessen ist, schon deswegen nicht, weil sie über das Eintreffen der verbandstaatlichen Kommission nicht unterrichtet waren und daher rechtzeitig polizeiliche Maßnahmen nicht treffen konnten. Die staatsanwaltschaftliche Untersuchung gegen die Täter ist noch im Gange. Die Städte Passau und Ingolstadt richteten an die hiesige Kontrollkommission wegen der Vorkommnisse besondere Entschuldungsschreiben. Darüber hinaus war es der Regierung auf Grund der Sachlage jedoch unmöglich, die von der interalliierten Militärkontrollkommission noch weiterhin verlangten Strafmaßnahmen (Versehung des verantwortlichen Polizeichefs) vorzunehmen. Trotzdem machen nun die verbandstaatlichen die örtlichen Polizeistellen feierlich verantwortlich und verlangen von ihnen und von den beiden Städten die Erfüllung drückendster Verpflichtungen und außerordentlich hohe Geldbußen und Strafverurteilungen und stellen bei Nichterfüllung bis zum 10. Dezember schärfste Sanktionen in Aussicht. Das Verhalten der Bevölkerung und ihre zunehmende Entrüstung über die dauernde demütigende Kontrolle ist für jeden national empfindenden Deutschen verständlich; dennoch verlangt das Gebot der Stunde kluge Zurückhaltung und Beherrschung der inneren Gefühle. Es muß den verbandstaatlichen auch der Schein des Rechtes genommen werden, uns immer wieder drückende und gänzlich unberechtigte Opfer aufzuerlegen. Wegen der Fälle in Passau und Ingolstadt ist die bayerische Regierung mit der Reichsregierung in Verbindung getreten.

Der englische Botschafter für die scharfe Note verantwortlich?

Paris, 2. Dezbr. Nach dem „Intelligence“ soll die Fassung der Note der Botschafterkonferenz über die Zwischenfälle in Passau, Ingolstadt und Stettin auf den englischen Botschafter Hardinge zurückzuführen sein, der der Ansicht Geltung verschafft habe, daß man unmittelbar die schuldigen Städte fassen müsse.

Die Reparationsfrage.

Neuorientierung der französischen Reparationspolitik?

Paris, 2. Dezbr. „Journé industrielle“ weist darauf hin, daß auf die Initiative der Regierung das Budget des Ministeriums für die besetzten Gebiete für 1923 um fast 1400 Millionen Franken herabgesetzt werden solle. Das Blatt zieht daraus Schlüsse auf eine gewisse Neuorientierung der französischen Reparationspolitik. Die bisherige Auffassung ist von dem Grundsatz ausgegangen, Deutschland würde bezahlen. Daher machte man Ausgaben über Ausgaben, ohne zu rechnen. Künftig werde der Wiederaufbau unbedingt abhängig sein von der Energie, womit Frankreich als Gläubiger gegenüber dem deutschen Schuldner vorgehen und tatsächliche Zahlungen erzielen. Die Finanzierung des Wiederaufbaus beherrscht jetzt die ganze Außenpolitik Poincares.

Die Reparationskommission noch nicht schlüssig.

Paris, 2. Dez. Das „Journal des Debats“ teilt mit: Die Reparationskommission, die vor einigen Tagen von der Absicht des neuen deutschen Kabinetts, sich die Note des Kabinetts Wirth vom 14. Nov. zu eigen zu machen, in Kenntnis gesetzt wurde, ist aufgefordert worden, raschestens eine Entscheidung zu treffen, scheint aber nicht geneigt, für den Augenblick, der deutschen Regierung in der von ihr gewünschten Weise zu antworten. Sie scheint mehr mit der Vorbereitung für die Brüsseler Konferenz als mit einer eigenen Lösung der Frage der Marktstabilisierung beschäftigt zu sein.

Die Frage der Vorbereitungen der Alliierten in London.

London, 2. Dezbr. „Daily News“ erfahren, daß Poincare beabsichtigt, einen eigenen Reparationsplan zu unterbreiten und eventuell Zwangsmaßnahmen darin vorzuschlagen. Bonar Law werde auf eine Prüfung der gesamten Frage in Brüssel drängen.

Bericht des Berliner Botschafters in London.

London, 3. Dez. (Neuter.) Der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, ist hier eingetroffen und suchte sofort das Foreign Office auf, wo, wie verlautet, die deutsche Reparationsfrage durchgesprochen wird.

Die üblichen Reparationspläne im englischen Unterhaus.

London, 1. Dez. In seiner Unterhausrede bei der Einbringung des Änderungsantrags der Arbeiterpartei zur Antwort auf die Thronrede erklärte der Arbeiterführer Clynes, die internationale Politik seit Ende des Krieges sei zum großen Teil die Ursache der Arbeitslosigkeit. Der Vertrag von Versailles sei undurchführbar. Es sei eine Torheit gewesen, auf die unbegrenzten Reparationsmillionen, die erst von Deutschland gefordert wurden, zu hoffen. Anfangs seien 50 Milliarden Pfund genannt worden und diese Summe sei jetzt allmählich auf Churchills Ziffer von 2½ Milliarden herabgesunken. Die Minister müßten, statt mit dieser Frage in dieser zwecklosen Weise zu spielen, sie

ernster behandeln. Es sei keine Besserung der Lage zu erhoffen, bevor eine Regelung dieser Frage erzielt sei, entweder durch schiedsgerichtliche Entscheidung oder durch ein Uebereinkommen, an dem Deutschland selbst beteiligt sei. Bonar Law habe erklärt, England müsse mit Frankreich und Italien zusammenwirken. Er, Clynes, wolle auch mit Frankreich und Italien zusammenwirken, aber nicht allein mit diesen Ländern. (Beifall bei der Arbeiterpartei.) Auch würde er ihre Freundschaft nicht in der Weise bezahlen, die zum Ausschluß anderer Länder führen würde. Die Methode der Auswahl von Freundschaften führte zum Kriege. Clynes trat für eine Politik der Weltfreundschaft ein. Die industrielle Lage Englands und die herrschende Arbeitslosigkeit in England seien zum größten Teil auf Torheiten bei der Behandlung der Reparationsfrage, auf die Haltung Englands gegenüber Rußland, auf den vollständigen Mißerfolg bei der Behandlung der türkischen Frage, sowie auf den Versuch Englands, die Freundschaft Indiens zu behalten, zurückzuführen. — In Erwiderung auf die Rede des Arbeiterführers Clynes erklärte der Arbeitsminister, England sei die größte Ausfuhrnation. Die Zukunft seines Landes müsse in großem Maße von den internationalen Verhältnissen abhängen. Seiner Ansicht nach bessere sich die Lage in der Arbeitslosenfrage, wenn auch nur sehr langsam. — Nach kurzer Aussprache nahm das Unterhaus den Gesetzentwurf über die irische Verfassung mit allen Stimmen in zweiter Lesung an.

Die Orientkrisis.

Türkisch-bolschewistische Konflikte.

W. Aus Neval wird uns geschrieben: Auf dem 4. Kongreß der kommunistischen Internationale beklagten sich die türkischen kommunistischen Delegierten über die Kommunistenverfolgung durch die Angoraregierung. Sie wiesen u. a. darauf hin, daß zahlreiche Kommunisten auf Befehl der Angoraregierung verhaftet worden seien und einzelne türkische Kommunistenführer sogar ermordet worden seien. Bei den Debatten über das Orientproblem und die Kolonialfragen trat Kadel mit einer überaus interessanten Rede hervor. Er erinnerte daran, daß bereits der 2. Kongreß der kommunistischen Internationale auf die große Bedeutung der Revolutionierung des Orients hingewiesen habe. Die 2. und die 3te Internationale, die Herren Crippien und Hilferding hätten in Halle darüber gespottet, daß die Bolschewisten mehr Interesse für einen Mullah in Chiva hätten, als für das Industrie-Proletariat Europas. „Genossen — sagte Kadel darauf — die Geschichte hat gezeigt, daß wir recht hatten. Die papierernen Proteste eines Hilferding haben den Versailler Vertrag nicht ins Wanken gebracht, während die revolutionäre Bewegung der türkischen Volksmassen das Traktat von Sevres verzichtet und das Gleichgewicht in Westeuropa ins Wanken gebracht hat. Dies ist die beste Illustration der revolutionären Bedeutung der Ereignisse im Orient.“

Kadel wandte sich dann gegen die Behauptung der deutschen Sozialdemokraten, daß der Sieg Kemal-Paschas zu einem Siege Poincares geführt habe und Sowjetrußland, indem es Kemal-Pascha unterstützt habe, gleichzeitig Poincaré geholfen habe. Die Prophezeiung, daß der türkische Sieg einen Sieg Frankreichs darstelle, bezeichnete Kadel als verfrüht. Die Konferenz von Lausanne werde zeigen, daß der erwachende Orient gegen sich die einseitige Front des Weltkapitals haben werde. Sowohl in der Frage der Kapitulationen, wie bezüglich der Finanzkontrolle werde Frankreich gegenüber der Türkei genau dieselbe Stellung einnehmen, wie der englische Imperialismus. Kadel gab dann zu, daß an der Spitze der Türkei keineswegs Kommunisten ständen und nicht einmal Leute, die als bourgeoise Revolutionäre bezeichnet werden könnten. An der Spitze der Orientvölker ständen nach wie vor die Vertreter aussterbender Feudalgruppen, des Offiziersstandes und der Bürokratie. Die Verfolgung der Kommunisten in der Türkei zwingt die Bolschewisten zu den regierenden Elementen der Türkei Stellung zu nehmen. „Als wir dem erwachenden Orient unsere Unterstützung versprochen — sagte Kadel — haben wir auch nicht eine Minute lang den Klassenkampf, der sich gleichfalls im Orient abspielt, vergessen.“ Die türkischen Genossen sollten wissen, daß, wenn die Paschas das türkische Volk für einen Bakisch verkaufen sollten, daß dann die türkischen Bauern einsehen würden, daß die Kommunisten und die junge Arbeiterklasse ihre einzigen wahren Freunde seien. Die Zeit des endgültigen entscheidenden Kampfes sei noch nicht gekommen.

Tschitscherin zur politischen Lage.

Paris, 2. Dezbr. Tschitscherin erklärte heute dem Sonderberichterstatter des „Temps“ in Lausanne gegenüber über die russische Politik während der Friedenskonferenz, daß Sowjetrußland die Absichten des zaristischen Rußlands auf Konstantinopel aufgegeben habe. Es gebe nur zwei Lösungen der Meerengenfrage, entweder eine internationale Kombination oder die restlose Anwendung des Souveränitätsrechtes des türkischen Volkes. Bezüglich der russisch-rumänischen Beziehungen erklärte Tschitscherin,

wenn Rumänien aufhöre, unannehmbar Bedingungen zu stellen, d. h. den Verzicht Rußlands auf Bessarabien zu fordern, könne der Weg zur gegenseitigen Abrüstung geebnet werden. Hinsichtlich der Memeler Frage erklärte er, dadurch daß Frankreich sich auf Memel stütze, werde es keine Basis im baltischen Meere haben. Rußland sei an der Aufrechterhaltung der freien Schifffahrt im Memeler Hafen direkt interessiert und sogar durch die spätere Entwicklung des augenblicklich für Memel geplanten Systems direkt bedroht. Tschitscherin hofft, daß durch die russische Beteiligung an der Lausanner Konferenz gewisse bedrohliche Wolken verschwinden und wieder normale Beziehungen zwischen allen auf der Konferenz vertretenen Ländern hergestellt werden.

Das Urteil gegen den Prinzen Andreas.

London, 3. Dez. Neuter meldet aus Athen: Prinz Andreas wurde zu Degradation und dauernder Verbannung verurteilt. — Prinz Andreas ist der Bruder des Königs von Griechenland. Er wurde beschuldigt, daß er sich als Führer des 2. griechischen Armeekorps in Kleinasien geweiht habe, den Angriffsbefehl des Oberkommandierenden auszuführen, in Anbetracht der starken Befestigung des Geländes. Es wurde von Seiten der Anklagevertreter behauptet, wenn der Angriff ausgeführt worden wäre, so hätte aller Voraussicht nach die Schlacht am Sufaria gewonnen werden können.

Deutschland.

Die Begründung der Tarifpolitik der Reichsregierung.

Berlin, 1. Dez. Der Hauptauschuß des Reichstags hat auf des Reichsjustizministeriums und des Reichsgerichts eine Reihe von Streichungen der geforderten Stellen vorgenommen. Beim Etat des Reichsverkehrsministeriums wies Staatssekretär Stieler darauf hin, daß die Personentaxi das 90fache des Friedenspreises betragen. Vom 1. Januar ab werden sie in der 3. und 4. Klasse das 100fache, in der 2. Klasse das 266fache, in der 1. Klasse das 673fache betragen. Die Gütertarife betragen bisher das 67fache, ab 1. Dezember betragen sie das 1680fache. Demgegenüber sei der Preis für inländische Kohlen auf das 2300fache und für englische Kohlen auf das 4248fache, im Durchschnitt auf das 2740fache gestiegen. Die Selbstkosten waren am 15. November auf das 1633fache, am 1. Dez. auf das 2140fache gestiegen. Der Verkehr habe die Steigerung glatt aufgenommen. Die Einnahmen hätten sich stärker als die Tarife erhöht. Dadurch, daß die Tarife für Obst und Kartoffeln seit September nicht erhöht worden seien, sei der Reichskasse ein Ausfall von 20 bis 30 Milliarden entstanden. Die Belastung auf den Kopf der Bevölkerung durch Gütertarife betrage jetzt 9000 Mark gegen 31 Mark im Frieden. Das Personal sei von 1 121 745 im Jahre 1919 auf 1 025 969 Köpfe zurückgegangen. Die Leistungen des Personals würden durch Dienstvorschriften gesteigert. Der Kohlen- und Ölverbrauch der Lokomotiven habe sich um 10 Proz. vermindert. Im ganzen seien durch Sparmaßnahmen 20 bis 25 Proz. der Gesamtausgaben erspart worden.

Deutschlands Außenhandel im Oktober.

Erhöhte Einfuhr — Verringerung der Ausfuhr.

Berlin, 1. Dez. Die deutsche Handelsstatistik weist für Oktober Zahlenmäßig an Einfuhr 55,5 Millionen und an Ausfuhr 15,4 Millionen Doppelpesentner auf. Wertmäßig stellt sich die Einfuhr auf annähernd 531,7 Millionen Goldmark, die Ausfuhr auf Grund der Deklarationen auf 289,9 Millionen Goldmark. Die Einfuhr weist gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 7,2 Millionen Doppelpesentner bzw. 109,9 Millionen Goldmark auf. Die Ausfuhr ist dagegen um 0,5 Doppelpesentner bzw. 1 Million Goldmark zurückgegangen. Vor allem hat zugenommen die Einfuhr von Steinkohlen und von Rohstoffen, während die Einfuhr von Textilrohstoffen und -fabrikaten zurückgegangen ist. Infolge der starken Zunahme der Einfuhr und des wenn auch geringen Rückgangs der Ausfuhr hat sich die Passivität der Handelsbilanz von etwa 131 Millionen Goldmark im September auf über 240 Millionen Goldmark im Oktober erhöht. Für Januar bis Oktober kann mit einer Passivität von ungefähr 1¼ Milliarden Goldmark gerechnet werden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 4. Dezember 1922.

Dienstnachricht.

* Zum Eisenbahnsekretär wurde ernannt der außerplanmäßige Eisenbahnsekretär Böhler in Unterreichenbach.

Ergebnis der zweiten Volksschuldienstprüfung.

Auf Grund der Prüfung im November ist u. a. Philipp Kellner von Aigenbach zur ständigen Anstellung an evangelischen Volksschulen für befähigt erklärt worden.

Vom Calwer Schlachthaus.

In der Zeit vom 16. bis 30. November 1922 wurden im hiesigen Schlachthaus geschlachtet: 8 Ochsen, 5 Rinder, 2 Ziegen, 6 Kühe, 49 Kälber, 14 Schweine und 3 Schafe.

Der günstige Kronenstand.

In Oesterreich verdient der Schaffende mindestens 6000, 8000 und 10 000 Kronen die Stunde und mehr, das sind im Durchschnitt 64 000 Kronen im Tag oder bei 25 Arbeitstagen 1 600 000 Kronen. Wird die Summe in Mark umgerechnet (in den letzten Tagen 10 Kronen sind gleich 1 Mark), so betragen die Einnahmen 160 000 Mark. Daß man in Württemberg und Bayern dafür sich noch vieles leichter beschaffen kann wie in Oesterreich, ist klar.

Jederzeit können Sie
das „Calwer Tagblatt“
bestellen!

...bare Bedingungen zu
...f Bessarabien zu for-
...n Abriistung geordnet
...frage erklärte er,
...stühe, werde es keine
...Rußland sei an der
...rt im Memeler Ha-
...die spätere Entwickelung
...planten Systems di-
...urch die russische Be-
...z gewisse bedrohliche
...le Beziehungen zwi-
...nen Ländern herge-

gen Andreas.
...s Athen: Prinz An-
...ernder Verbannung
...Bruder des Königs
...digt, daß er sich als
...in Kleinasien gewei-
...herkommendierenden
...Befestigung des
...Anlageertrager best-
...t worden wäre, so
...cht am Sufaria ge-

rispolitik
nen.

...des Reichstags hat
...ns und des Reichs-
...er geforderten Stel-
...Reichsverkehrsmittel
...darauf hin, daß die
...enspreises betragen.
...3. und 4. Klasse das
...in der 1. Klasse das
...betragen bisher das
...das 1680fache. Dem-
...sche Kohlen auf das
...auf das 4248fache, im
...en. Die Selbstkosten
...333fache, am 1. Dez.
...kehr habe die Stei-
...nahmen hätten sich
...h, daß die Tarife für
...nicht erhöht worden
...von 20 bis 30 Mill-
...f den Kopf der Be-
...cht 9000 Mark gegen
...sei von 1 121 745 im
...gegangen. Die Leist-
...dienstvorschriften ge-
...der Lokomotiven
...n ganzen seien durch
...Gesamtausgaben er-

im Oktober.
...g der Ausfuhr.

...statistik weist für Okto-
...onen und an Ausfuhr
...fähig stellt sich die Ein-
...markt, die Ausfuhr auf
...tionen Goldmark. Die
...eine Zunahme um 7,2
...tionen Goldmark auf-
...ntner bzw. 1 Million
...genommen die Ein-
...ffen, während die Ein-
...ten zurückgegangen ist.
...hr und des wenn auch
...die Passivität der Han-
...ldmarkt im September
...tober erhöht. Für Ja-
...ität von ungefähr 1 1/2

Land.
...4. Dezember 1922.

...wurde ernannt der
...sohler in Unter-

huldiensprüfung.
...nder ist u. a. Philipp
...digen Anstellung an
...t erklärt worden.

thaus.
...mber 1922 wurden im
...schen, 5 Kinder, 2 Far-
...und 3 Schafe.

ustand.
...Schaffende mindestens
...unde und mehr, das
...Tag oder bei 25 Ar-
...die Summe in Mark
...10 Kronen sind gleich
...n 160 000 Mark. Daß
...dafür sich noch vieles
...reich, ist klar.

Zur Brotpreiserhöhung.

Die Preise für das erste in der Zeit vom 15. August bis 31. Oktober ds. Js. fällige Drittel der Getreideumlage sind, wie bekannt, inzwischen vervierfacht worden, während die Reichsgetreidestelle ihre Abgabepreise erst gegen das Ende der Abkieserungsperiode mit dem 30. Oktober ds. Js. erhöht hat. Die bisherige Abgabepreise der Reichsgetreidestelle decken nicht mehr ihren Aufwand für das an die Kommunalverbände abzugebende Inlands- und Auslandsgetreide. Die Reichsgetreidestelle ist daher genötigt, mit dem 4. Dezember ds. Js. ihre Abgabepreise für das an die Kommunalverbände zu liefernde Getreide und Mehl zu verdreifachen. Die Beibehaltung der gegenwärtigen Abgabepreise der Reichsgetreidestelle hätte unbedingt zur Folge, daß das Reich am Ende des Wirtschaftsjahres mit einem Verlust von Hunderten von Milliarden Mark belastet wäre. Die Erhöhung der Getreidepreise hat naturgemäß eine Erhöhung der Mehl- und Brotpreise zur Folge, die noch verstärkt wird durch die fortgesetzte Steigerung der mit der Brotherstellung verbundenen Kosten. Die auf 4. Dezember neu festgesetzten Preise für Markenbrot bedeuten zwar einerseits eine starke Belastung der Verbraucher, andererseits aber immer noch eine wesentliche Verbilligung gegenüber dem Preis für das markenfreie Brot.

Die Landwirtschaft gegen die Beschränkung der Vieh- und Milchausfuhr.

Zu der Notiz „Unser täglich Brot“ des Bundes gegen Wucher und Teuerung über die Kontingentierung der Ausfuhr von Vieh, Milch und Milchzeugnissen, wonach auch die Kreise der Landwirtschaft gegen die Forderung der Kontingentierung keinen Widerstand mehr leisten, wird uns vom Landwirtschaftlichen Hauptverband geschrieben: Diese letztere Behauptung ist nicht wahr. Die Landwirtschaft kann unter Führung ihrer Organisationen sich nicht davon überzeugen, daß durch die Kontingentierung der Vieh-, Milch- und Milchzeugnisse-Ausfuhr eine Besserung in der Lage des Binnenmarktes herbeigeführt würde. Aus diesem Grund steht die Landwirtschaft nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das Reichsernährungsministerium die Ablehnung dieser Forderung auch weiterhin aufrecht erhalten muß.

Gegen die Kohlenferien.

In einer an das Kultministerium gerichteten Eingabe hat sich der Württ. Philologenverein aus unterrichtlichen, erzieherischen, gesundheitlichen und sozialen Gründen gegen die vom württembergischen Städtetag empfohlenen Kohlenferien ausgesprochen.

Heimatnot.

Die Haus- und Straßensammlung für die Heimatnot in Stuttgart hat bis Freitag vormittag 788 000 M. ergeben. Unmittelbar bei der Zentralkasse für Wohltätigkeit sind an Beiträgen bis jetzt eingegangen 1 330 000 Mark.

Neue Postwertzeichen.

Wie wir erfahren, werden demnächst Freimarken zu 200, 300, 400, 500 und 1000 M. ausgegeben werden. Die Briefmarken zu 200 bis 400 M. sollen noch in diesem Monat fertig werden.

Landesverband der württ. Amtskörperschaften.

Der Landesverband Württ. Amtskörperschaften hielt am Montag, den 27. vor. Mis. in Stuttgart seine jährliche Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende, Oberamtmann Richter in Eßlingen, erstattete den Geschäftsbericht, in dem er einen Rückblick über die vom Verband geleistete Arbeit und über den Ausbau der Organisation gab, der nun alle württ. Amtskörperschaften, mit Ausnahme des Bezirks Laupheim, angehören. Der Verband hat in einer Reihe von Eingaben und Gutachten zu Entwürfen von Gesetzen und Ausführungsbestimmungen, die sich auf die Amtskörperschaftsverwaltung beziehen, zur Wahrung der Rechte und Interessen der Amtskörperschaften Stellung genommen und an zahlreichen mündlichen Verhandlungen mit den zuständigen Staatsbehörden teilgenommen. Erwähnt seien nur die Kommunalverbandswirtschaft, die Einrichtung von Jugend-

Der Weihnachtsfund.

Von Hermann Kurz.

„Es scheint, du hast ihm den Segen auf den Weg gespendet,“ sagte er scherzend.
„Er wirds nicht an den Spiegel stecken, der Schatzgräber, was ich ihm gesagt habe,“ erwiderte sie.
Erhard lachte. „Ja freilich,“ versetzte er, „der Philipp schmunzelt auch, daß er ihm in die Schlinge gegangen ist.“
„Wie so der Philipp?“ fragte sie.
„Nun, der hat ihm ja nicht den Mund darnach wässrig gemacht.“
„So?“ sagte sie und nickte vor sich hin, als ob ihr erst jetzt der Zusammenhang der Begebenheiten klar würde.
„Bist ja dabei gewesen,“ bemerkte er.
„Ich habe nicht darauf geachtet,“ versetzte sie.
Ein Stillschweigen trat ein, währenddessen er ihr forschend in das Gesicht blickte. Er war der einzige, der sie in der vorangegangenen Nacht etwas tiefer beobachtet und eine außergewöhnliche Anruhe an ihr wahrgenommen hatte. Heute zeigte sie eine ruhige Fassung, von welcher er sich nicht viel Günstiges für seine Wünsche versah; aber ihr Aussehen verriet ein körperliches Leiden, sie schien sich mit Mühe aufrecht zu halten, ihr von Natur blaßes Gesicht hatte eine solche Farbe angenommen, und ihre eingesunkenen Augen blickten so leblos, wie wenn sie die ganze Nacht nicht geschlafen hätte. Erhard, der mit dem Herzen und nicht bloß mit den Augen liebte, würde trotz dieser Veränderung alle Schätze der Welt darum gegeben haben, sie hin hergehen zu dürfen, doch machte ihn ihr Aussehen besorgt.
„Justine, bist du krank?“ fragte er.
„Nein,“ antwortete sie.
„Ich habe es gestern schon bemerkt, es ist etwas an dir.“

ämtern, Tuberkulosefürsorgestellen, landwirtschaftlichen Schulen, die Wohnungsfürsorge, die Erhaltung von Wanderarbeitsstätten usw. Entschiedener Protest wurde gegen die vom Württ. Ärzteverband vorgeschlagene Errichtung von Gesundheitsämtern in allen Bezirken erhoben. Den Amtskörperschaften werden von Reich und Staat immer neue Organisationen und Aufgaben, die einen großen Kostenaufwand verursachen, zugemutet, während die Amtskörperschaften weder eigene Vermögen besitzen noch bei der heutigen Kreditnot in der Lage sind, die nötigen Mittel im Wege der Schuldaufnahme zu beschaffen. Der Landesverband mußte deshalb gegen die fortdauernde Abwälzung staatlicher Aufgaben auf die Körperschaften grundsätzlichen Widerspruch erheben. Ebenso gegen den damit in Widerspruch stehenden Gedanken, die Höhe der Amtskörperschaftsumlage gesetzlich zu begrenzen, da hiedurch die Amtskörperschaftsverwaltungen lahm gelegt und in der Erfüllung ihrer vielfachen gemeinnützigen Aufgaben gehindert würden.

Ministerialrat Dr. Heuscheler hielt einen äußerst interessanten Vortrag über die Förderung des Wohnungsbaus durch die Amtskörperschaften (Gemeinwirtschaftliche Beschaffung von Baustoffen, Zusammenlegung von Gemeinden u. dergl.). Die Versammlung war aber auch hier der Meinung, daß die erforderlichen großen Mittel von den Amtskörperschaften nicht aufgebracht werden könnten. Um auch auf die Reichsbehörden Einfluß zu gewinnen, schloß sich der Landesverband dem Verband Deutscher Landkreise in Berlin an, dessen Geschäftsführer, Landrat Constantin, der Versammlung anwohnte und über die bisherige Tätigkeit des Reichsverbands Bericht erstattete.

Spiionage bei der Reichswehr.

(S. 2.) Stuttgart, 1. Dez. Vom 2. Straßentat des Reichsgerichts in Leipzig wurde verurteilt wegen versuchter Ausprägung militärischer Geheimnisse und Befehdung, die Kellnerin Hermine Stoll aus Stuttgart zu 2 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, ihre Schwester, Klara Sugg, geb. Stoll, aus Stuttgart wegen Beihilfe dazu und Befehdung zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, die beiden Reichswehrsoldaten Paul Reinhold und Alexius Pfau aus Ludwigsburg wegen Beihilfe zur Ausprägung militärischer Geheimnisse und passiver Befehdung zu 1 Jahr bzw. 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und je 3 Jahren Ehrverlust, endlich der Oberschütze August Jansen aus Ludwigsburg wegen Nichtanzeigen des Verbrechens zu 2 Monaten Gefängnis.

*

Bad Teinach, 25. Nov. Heute fand im Rathaussaal die 1. außerordentliche Hauptversammlung des Darlehensvereins statt. Der Vereinsvorsitzer, Verwaltungsaktuar Hilligardt, begründete in seiner Einleitung die Notwendigkeit der Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung und machte die Erschienenen mit den einschlägigen Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes vertraut. Die Tagesordnung umfaßte 8 Punkte, deren wichtigste die Erhöhung der Geschäftsanteile und in Verbindung damit die Aufhebung des Höchstbetrages der Dividende, Erhöhung des Eintrittsgeldes für neuereitrende Mitglieder, Ergänzung des Vorstandes, Krediterhöhung, Erstellung eines Lagerstüppens auf dem Bahnhof Teinach, Schaffung eines Lagerraumes im Orte, sind. In den Vorstand wurde an Stelle des durch Wegzug ausgeschiedenen Fischzüchters Karl Braun der Vereinsrechner Eugen Baur, Gemeinderat, berufen. Der Kredit wurde erhöht: Bei hypothekarischer Sicherheit auf 30 000 M., bei doppelter Selbstbürgschaft auf 15 000 M. Rechner Baur gab einen kurzen Bericht über den Geschäftsverlauf der Kasse. Der Umsatz beträgt heute 24 Millionen M., der sich bis zum Schlusse des Kalender- und Geschäftsjahres auf 30 Millionen Mark erhöhen wird, eine große Summe — für eine Gemeinde von kaum 500 Einwohnern, wenn man bedenkt, daß der Verein erst im Jahre 1920 ins Leben getreten ist. Die Versammlung billigte die vom Vorsteher wegen Erstellung eines

Lagerstüppens auf dem Bahnhof Teinach unternommenen Schritte und stellte einstimmig den Antrag an die Vereinsleitung, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß derselbe in möglichster Eile erstellt wird. Den interessierten Gemeinden Sonnenhardt, Javelstein, Kötenbach, Wälden, Schwab, Speckhardt, Würzbach, Emberg, Schmied, Agenbach, Neuweiler mit Hofstett, Oberkollmangen, Breitenberg, Martinsmoos, Oberhaugstett, Neubulach, Liebelsberg, Mühlbach und Holzbronn soll Gelegenheit gegeben werden, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und ihre Wünsche und Anträge beim hiesigen Verein geltend zu machen. Der Vereinsleiter richtete an die Mitglieder die dringende Bitte, ihre überschüssigen Gelder bei der Darlehenskasse anzulegen, damit diese sich zu größerer Leistungsfähigkeit entwickeln und ihren Mitgliedern größere Vorteile bieten kann; er sagte allen Mitarbeitern für die dem Verein gebachten Opfer herzlichsten Dank.

(S. 2.) Horb, 2. Dez. In einer der letzten Nächte wurde in den Keller der Häuteverwertungsgenossenschaft Horb an der alten Nordstetter Steige ein Einbruch verübt. Die Diebe entführten eine große Haut und vier Katzen im Gesamtwert von mindestens 150 000 M.

(S. 2.) Stuttgart, 1. Dez. In einer Versammlung nahm der hiesige Bezirkslehrerverein einstimmig folgende Entschliessung an: Der Bezirkslehrerverein Stuttgart wendet sich gegen etwa beschlossene Kohlenferien, die für die Volksschule eine große Beschädigung von Erziehung und Unterricht in unserer schweren Zeit bringen würden, ohne Ermäßigung für die Volkswirtschaft herbeizuführen. Auf keinen Fall darf die Volksschule anders behandelt werden als die höheren Schulen.

(S. 2.) Tiefenbach O. M. Maulbronn, 2. Dez. Ein Knabe hat sich das Leben genommen, weil er bei einem Verwandten 3 M. Silbergeld mit nach Haus nahm. Von seinen Eltern wurde das Geldstück abgenommen und dem Verwandten wieder zurückgegeben. Vor Scham über die Tat nahm er sich das Leben.

(S. 2.) Wernshelm O. M. Maulbronn, 2. Dez. In der Nacht wurden in der Dreischalle der Gemeinde sämtliche Treibriemen gestohlen. Auf die Ermittlung der Täter sind 50 000 M. und auf die Beibringung der Riemen weitere 50 000 M. Belohnung ausgesetzt.

(S. 2.) Laibach, 1. Dez. Am Erntedankfest fand sich unter dem Kirchenopfer ein goldenes 20 Markstück, das heute der Summe von 20 000 M. gleichkommt. Diese Gabe wurde zu einer Spende für bedürftige ältere Leute verwendet.

(S. 2.) Benningen a. N., 2. Dez. Der Leichnam des seit 18. Oktober vermißten und verunglückten Hirschwirts und Jarenhalters Hermann Vogel hier, 48 Jahre alt, wurde in Helligheim aus dem Neckar gezogen. Es liegt die Vermutung nahe, daß die Leiche in der Zwischenzeit ausgeraubt wurde, da Geld, Weste und Zuppe mit Ueberzieher fehlen, während er seinerzeit mit voller Kleidung in der Dunkelheit infolge Fehltritts in den Fluß geriet.

(S. 2.) Kirchberg a. J., 2. Dez. Dem 63 Jahre alten Bäckermeister Johann Umer wurden beim Futterschneiden beide Hände vollständig abgehauen.

(S. 2.) Von der Jagd, 2. Dez. Die Tauberzeitung erzählt: Drei Jäger haben dieser Tage einen Edelmarker ausfindig gemacht, der sich aber in eine Mauerpalte flüchtete. Hineinschießen konnten und wollten sie nicht, da er als Toke nicht herausgekommen wäre. Also holten sie beim Schmied eine lange Zange und holten den Markder heraus. Wie er so in der Zange zappelte, sagte ein alter Nimrod: „Daß 'r los, den Lomba, daß mei Waldmännle aa a weng a Frad hat. Der werd 'n glet am Schlawitzki howal!“ Der Markder wurde losgelassen; eine blitzschnelle Bewegung — hup! — weg war er — rasch verschwunden. Das Waldmännle glökte und die Jäger, die schimpften. Weidmannsheil!

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Galm, Druck und Verlag der A. Dellmüller'schen Buchdruckerei, Galm.

„Ich habe es überstanden. Gib dir keine Mühe weiter mit mir.“

Die Worte taten ihm weh. Er sah sie schmerzlich an und sagte: „Ach, Justine, wenn ich nur sehen könnte, was in deinem Herzen vorgeht. Es hat doch eine Zeit gegeben, wo du ganz anders gegen mich gewesen bist. Ich verstehe dich nicht.“

Sie blickte traurig zu Boden und schwieg.
„Oder habe ich nicht deutlich genug zu dir geredet?“ hob er wieder an. „Soll ich denn viel Worte machen, damit du siehst, wies mein Herz mit dir meint?“

„Du bist deutlich genug gewesen,“ erwiderte sie mit zitternder Stimme, „ich habe dich wohl verstanden. Du brauchst nicht deutlicher zu sein, außer wenn du mich martern willst.“

Er schwieg verlegt, doch nach einer Weile begann er von neuem: „Hast du gestern nacht gehört, was mir der Löwenwirt angetragen hat?“

„Ja,“ antwortete sie kaum hörbar.

„Meinst du nicht, das sei genug für zwei junge Leute, die einander lieb haben und gesund sind und den rechten Sinn zum Hausen mitbringen? Wenn alles so günstig steht und ein Anfang vor uns liegt, den man sich nicht besser wünschen kann — Justine, du mußt etwas gegen mich haben, wenn du dich da nur einen Augenblick besinnen kannst.“

Sie schüttelte den Kopf.

„Justine,“ rief er dringend, „sage es, was hast du gegen mich?“

Sie erhob das Gesicht langsam, und in ihre matten Augen trat ein unaussprechlicher Glanz, als sie ihn ansah. „D Erhard,“ sagte sie, „du tust mir unrecht. Ich habe auf der Welt nichts wider dich.“

Er sagte sie an der Hand. „Warum willst du denn nicht mein Weib werden?“ fragte er.

„Es kann nicht sein,“ sagte sie mit fast tonloser Stimme. „Daß mich gehen und bringe nicht weiter in mich. Wir können nicht glücklich miteinander werden. Niemals!“

„So lebe wohl!“ rief er und riß sich in Zorn und Schmerz von ihr los. Er sah es nicht mehr, wie sie sich in tiefstem Kummer das Gesicht mit den Händen bedeckte, und hörte nicht das verzweiflungsvolle Schluchzen, das bald näher aus ihrer Kammer drang.

Die entschlossene Haltung, wonkelt er in die Stube trat, um Lebewohl zu sagen, gab dem Löwenwirt ein Zeichen, daß von seinem Anerbieten nicht mehr die Rede sein sollte. Der Abschied war kurz, aber herzlich. Die Löwenwirtin weinte wie eine Mutter, die ihren Sohn von sich lassen muß, die Kinder schrien und wollten sich der Abreise ihres Freundes widersetzen, und selbst dem gleichmütigen Löwenwirt wurden die Augen ein wenig feucht. Erhard mußte versprechen, von sich hören zu lassen, sobald er irgendwo eine bleibende Stätte gefunden haben werde.

Der alte Philipp, der ihm sein Bündel schnüren half, bewies sich dabei äußerst unwirksam und brummt in einem fort, so daß es beinahe den Anschein hatte, als ob er aus lauter Ungefälligkeit Hand anzulegen zaudere; doch wurde er etwas besserer Laune, als der Hofjunge, der dem Alex geholfen hatte, dazu kam und heimlich den ihm auferlegten Bericht erstattete. „Er ist richtig auf den Kreuzweg hinausgegangen,“ erzählte der Junge, „und hat den Schatz heben wollen. Von Anfang an, sagt er, habe er gar nichts gesehen.“

Der alte Philipp lachte in sich hinein.

(Fortsetzung folgt.)

Zeilenpreise

ab 1. Dezember

im Anzeigenteil Mk. 28.—
im Reklameteil Mk. 80.—

Georgenäum Calw.

Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 Uhr
Vortrag üb. Geheimnisse des Seelenlebens
von Herrn Prof. Dr. Luz-Pforzheim. Hierzu wird jeder-
mann herzlich eingeladen.
Calw, den 3. Dezember 1922.
Der Georgenäumsrat: Dr. Knodel, Vors.

Kleinkinderpflege Calw.

Die Kleinkinderpflege dankt auch in diesem Jahr allen
ihren Freunden für die so nötige Förderung, besonders der
Stadtgemeinde und der Bürgerversammlung. Zu unserer Weih-
nachtsfeier am 21. Dezember 4 Uhr laden wir herzlich ein.
Heißt uns, unseren 90 Kindern eine Weihnachtsfeier
zu bereiten! Gaben nehmen dankbar entgegen: Stadtpfarrer
Lanz, Obersekretär Pfizenmaier, Ablandstraße, Schwester
Marie Stockinger.

Neuweiler Oberamt Calw.



Rodelstamm- holz-Verkauf.

(Schriftlicher Verkauf.)

Am Samstag, den 9. Dezember 1922

kommen aus dem Gemeindegeld zum Verkauf:

Forchenslangholz

Klasse: II. 14,03 Fm., III. 62,84 Fm., IV. 25,75 Fm.,
V. 1,84 Fm.

Forchensägholz

Klasse: II. 3,29 Fm., III. 1,41 Fm.

Tannenlangholz

Klasse: III. 2,04 Fm., IV. 6,33 Fm., V. 2,50 Fm.,
VI. 0,28 Fm.

Tannensägholz

Klasse: III. 0,44 Fm.

Bedingungslose Angebote auf das ganze Quantum in
Prozenten der neuen Landesgrundpreise

bis Samstag, den 9. Dezember 1922,
nachmittags 2 Uhr, an das Schultheißenamt
wo um diese Zeit die Eröffnung der Angebote erfolgt.

Auszug und Holzvorzeigen durch Waldmeister Lörcher.
Neuweiler, den 1. Dezember 1922.

Gemeinderat.

Krankenschwester Agnes, Wiesbaden A. 2
teilt gerne kostenfrei, mit, wie Tausende bei Rheuma, Ischias,
Gliederrheisen, Neuralgie (Nervenschmerzen),
Sicht durch ein einfach. Mittel in kurzer Zeit Heilung fanden.



Private

Drucksachen aller Art,
wie: Verlobungs- und
Vermählungsanzeigen,
Geburtsanzeigen, Tisch-
karten, Speisefolgen,
Einladungen, Besuchs-
karten, Dankfagungen

liefern wir rasch

A. Delschläger'sche
Buchdruckerei Calw

Geschäfts-Bücher



Briefordner

in jeder Ausführung,
in verschiedenen Ausführungen.
Ich rate, den Bedarf auf den Jahres-
wechsel jetzt schon zu kaufen, da Aufschläge fortwährend statt-
finden und die Lieferungsfrist längere Zeit in Anspruch nimmt.

Ernst Kirchherr, Calw.

Heimatnot!

Unvergleichlich schwere Not bedrückt diejenigen unserer
Volksgenossen, welche wegen Alters oder Krankheit einem
Beruf oder Erwerb nicht mehr nachgehen können und ihr
geringes Einkommen aus Zinsen, Renten und dergl. nicht
mehr zu steigern in der Lage sind. Die Not ist leider so
groß, daß die öffentlichen Mittel allein nicht mehr ausreichen.
Die freiwillige Liebestätigkeit muß daher ergänzend eingreifen.

Wie dies im ganzen Vaterland geschieht, so rufen auch
wir unsere Bezirksbevölkerung zu werktätiger Hilfe auf.
Bauern, Beamte, Kaufleute, Handwerker, Angestellte,
Arbeiter! Gebt nach Kräften! Namentlich aber auch die
verdienende Jugend möge der alten hilflosen Leute gedenken,
die ihr Leben lang gearbeitet und gespart haben, und nun-
mehr vor Not und Sorgen nicht mehr hinaussehen. Laßt
uns alle zusammenstehen und eine Notgemeinschaft bilden,
um im kommenden Winter eine Katastrophe zu verhindern.
Es wäre ein Unrecht und eine schreiende Schande für uns,
wenn wir die vielen armen Volksgenossen ihrem Schicksal
überlassen und sie nicht vor Schritten der Verzweiflung be-
wahren würden

Auf, zeigt auch diesmal wieder Eure Gefebfreudigkeit!
Das Geben soll für alle eine Pflicht sein!

An sämtliche Gemeinden des Bezirks richten wir die
herzliche Bitte, in Bälde Ortsausschüsse ins Leben zu rufen,
welche mit rühriger Hand die Sammlungen in die Hand
nehmen. Die Hauptsammelstelle für den Bezirk hat in dan-
kenswerter Weise Herr Oberamtspfleger Fechter übernommen,
an den die gesammelten Gelder abgeliefert werden wollen.

Der Ausschuß d. Bezirkswohltätigkeitsvereins Calw.

Oberamtmann Gös, Dekan Zeller, Stadtschultheiß Göhner
sowie die Ausschußmitglieder:

Hauptlehrer Bader, Hirzau, Oberamtsarzt Dr. Veg, Frau Schultheiß Braun,
Althengstett, Amtsgerichtsrat Höbner, Frau Hauptlehrer Böger, Oberkoll-
wongen, Stadtpfarrer Leikus, Stadtschultheiß Müller, Neubulach, Schultheiß
Ranjer, Stammheim, Stadtpfarrer Sandberger, Liebenzell, Frau Direktor
Samwald, Jugendrat Stiefel, Oberamtspfleger Fechter, Bezirkspflegerin Bauer.

Gesucht wird für sofort
ein tücht. ges.

Mädchen,

welches kochen kann für Arzt-
haus bei zeitgemäßem Lohn.
Frau Dr. Keller,
Neuenbürg.

40jährige Witwe
sucht Stellung
in der Land-
wirtschaft.
Wehrgasse 329.

Für
Felle
jeder Art, sowie gebrauchte
Mehlsäcke
und alle Sort. Säcke
werden die höchsten Preise
bezahlt nur bei

Rosdzial,
Pforzheim,
Klostermühlgasse 6
Ecklaen, Telefon 2681.
Jedes Quantum wird
abgeholt.

Suche im Auftrag:
1-2 gebrauchte vollständige
Betten mit oder ohne
Bettstedt
zu kaufen od. geg. Lebens-
mittel einzutauschen;
Ferner wird daselbst ab-
gegeben ein

Knabenanzug

f. das Alter v. 4-6 Jahren,
sowie 2
Matrosenmützen.
Näheres zu erfragen in
der Geschäftsstelle ds. Bl.

**Buchen-,
Eichen-,
Tannen-,
Forchens-,
Stockholz-,
Bündel- und
Schwarten-
Brennholz,**
sowie

Stangen
aller Klassen kauft
laufend geg. sofortige
Kasse.

**Wilhelm Lanher,
Ebensbach/Witbg.**
Fernsprecher 2.

Weizen- futtermehl,

für Geflügel u. Schweine,
1a Gerste
empfiehlt sachweise und kl.
Quanten, billigt
Adolf Luz.

Alt- metalle

werden zu folgenden Preisen
eingekauft:
Kupfer M. 800.— p. Kg
Messing „ 600.— „
Zink u. Blei M. 450.—
per Kilogramm
Zinn von M. 1500.—
bis M. 2000.— p. Kg. bei
Rosdzial,
Pforzheim,
Klostermühlgasse 6
Ecklaen, Telefon 2681.
Flaschner und Metallver-
braucher werden bevorzugt.

Althengstett.
Einen 1/2 jährigen

Stier
verkauft
Jakob Schöffler.

Paul Luz
Mina Luz, geb. Hau
Vermählte

Neuhengstett

Calw

Lichtspieltheater Badischer Hof.
Heute „Der Mutter Ruf“
abd. 8 Uhr
Die Hexe von Lolaruh.
Nach dem gleichnamigen Roman v. Schätzier Perasini
mit Beiprogramm.

Landw. Bezirksverein Calw.

Auf Lager ist:

Hater, Koch- und Biehjalz, Futterhalk,	Wicken, Futtererbsen, Kaltjalz 42% Superphosphat.
---	--

Ausaabe Mittwochs und Samstags.
Fernsprecher 96. Geschäftsstelle.

Zu kaufen gesucht:
**jedes Quantum
Papier = Holz**
1 und 2 Meter lang
sowie Stangen
Gensfried & Luz, Leinach.

Biehverkauf.

Kommenden Mittwoch, den 6. De-
zember, von morgens 1/2 8 Uhr, steht
in Calw im Gasthof z. „Bad. Hof“
ein größerer Transport

junger starker Milchkuhe,
trächtiger
Rühe,
Schaffkuhe,
sowie eine Auswahl



schönes Jungvieh

zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlich
einladen.

Rubin und Salomon Löwengart.

Zu den bevorstehenden Gemeinderatswahlen

erhalten Sie rashestens

Wahlzettel

und

Flugblätter

von der

Druckerei dieses Blattes
Calw, Lederstraße Nr. 151
Fernruf Nr. 9.

Wie aus Par
thrazien

Die Drient
spigung erf
scheri, hat
wenn die T
punkten zu
eine Ansicht
Neutralisier
in einem St
zugeföhren

Auch die Rep
bei. Wie S
darauf, daß
der Repara
werde, daß
führt werde
schen Verpi
gebiet als

Berlin,
hatte, daß
lande fest da
niemals pr
gendes aus:
die einer se
gegenstehen,
den sein, di
Erfolg der
schlossen, sch
lassen und a
ich den App
Voraussetzu
diesem Wir
der Verteu
Mehr als in
Hunderttau
Zeitungen
Berarmung
Welt ein o
Deutschland
weniger be
soll sie nicht
mand von
hält sie und
Sorgen, die
löhnis: D
jeht niederg
den blüdet,
Waffenruhe
zu ertragen
Schultern
unsere gem
fall und S
Beisprechu

Berlin,
Ministerprä
mit dem R
gen' Minist
erste gemei
oder Mittu
(S) B
Reichskanzl
Sieber heu
Ministerprä
gereist.

gene
Darmsta
gebungsaus
gegen die i
rung gegen
heftige Ge
föhung durc